

Medientext vom 15.4.2016

## Die Kunden im Zentrum des Service Public

Die Post, die SBB und die Swisscom sollen dem Gemeinwohl dienen und der Bevölkerung einen guten Service zu moderaten Preisen bieten.

Der Bundesrat setzt diesen Betrieben jedoch seit ein paar Jahren Gewinnziele. Dadurch steht nicht mehr der Service im Zentrum, sondern der Gewinn. Der Bund kassiert dadurch Gewinne in Millionenhöhe auf Kosten der Konsumenten. Diese bezahlen für zunehmend schlechtere Dienstleistungen immer mehr.

### Die Qualität des Service Public verschlechtert sich

Die Qualität des Service Public verschlechtert sich schleichend und stetig: Verspätete und überfüllte Züge, Bahnhöfe, die zu Shoppingcenters mutieren, aber mit geschlossenen Schaltern, Wartesäle, die verschwinden, 40 Prozent der Poststellen geschlossen, Postfächer aufgehoben....

Die Kunden zahlen immer mehr. Ein Generalabo 2. Klasse kostet heute 555 Franken mehr als 2010, das Halbtaxabo 185 Franken statt 150 Franken. Die Paketpreise haben sich in 20 Jahren verdoppelt. Ein Nachsendeauftrag bei einem Wohnungswechsel kostete im Jahr 2000 noch 10 Franken, heute sind es 60 Franken, wenn man nicht will, dass die Post die Adresse an Dritte verkauft.

Nicht erstaunlich, dass die Reklamationen explodiert sind. Die Konsumentenzeitungen mit ihren 2,5 Millionen Leserinnen und Lesern wollen diese schlechte Entwicklung stoppen.

### Kein Gewinnverbot

Die Initiative verlangt, dass beim Service Public das Gemeinwohl wieder im Zentrum steht. Der Bund soll diese Unternehmen dazu anhalten, nicht wie ein privates Unternehmen nach Gewinn zu streben. Die Betriebe sollen gute Leistungen zu moderaten Preisen bieten und nicht prioritär Gewinn in die Bundeskasse abliefern. Der Text fordert nicht ein Gewinnverbot, wie die Gegner behaupten. Der renommierte HSG-Professor Rainer Schweizer, Spezialist für Staatsrecht, stützt die Auslegung der Initianten. Er gilt als absolute Kapazität und zeigte gegenüber dem *Tages-Anzeiger* auf, dass nicht von einem Gewinnverbot die Rede sein kann, wie die Gegner behaupten. Schweizer hat keine Verbindung zum Initiativkomitee.

Die Initiative fordert hingegen, dass Gewinne in den Unterhalt, die Entwicklung und die Innovation zu investieren sind, um Dienstleistungen zu vernünftigen Preisen zu bieten.

### Quersubventionierungen innerhalb der Unternehmen möglich

Selbstverständlich sind Quersubventionierungen innerhalb einer SBB, einer Post, einer Swisscom möglich. Die Gegner behaupten das Gegenteil und schüren Angst in den Randregionen. Professor Rainer Schweizer stützt auch hier die Initianten. Gewinne aus den Immobilien der SBB können nach wie vor eine in eine unrentable Regionalline fließen, aber sollen nicht in der Bundeskasse landen. Gewinne der PostFinance helfen weiterhin, eine Poststelle in einer Randregion offen zu halten.

## **Betroffen sind nur die Managerlöhne**

Die Initiative will nur die Höchstlöhne regeln. In diesen Betrieben darf niemand mehr verdienen als ein Bundesrat.

Es ist unverständlich, dass Bundesrätin Doris Leuthard pro Jahr 475'000 Franken verdient, während ihre De-facto-Untergebenen Susanne Ruoff (Chefin Post) mit 984'521 Franken und Andreas Meyer (Chef SBB) mit 1'046'186 Franken das Doppelte erhalten, während Urs Schächli (Chef Swisscom) mit 1'832'000 Franken gar fast das Vierfache einkassiert. Zumal es erwiesen ist, dass die Leistungen eines Managers nicht besser werden, wenn seine Bezüge steigen. Die Vorgänger der heutigen Swisscom-, Post- und SBB-CEOs verdienten mehrere Hunderttausend Franken weniger pro Jahr, lieferten ihren Kunden aber besseren Service.

Es ist am Parlament, sollte die Initiative angenommen werden, diesen Lohncap für die Manager zu regeln.

## **Support für die Landbevölkerung**

Die Initiative hilft der Landbevölkerung und ist auch ein Zeichen gegen den digitalen Graben. Die Initianten setzen sich für gute Internetverbindungen auch in den Randregionen ein. Wer aber noch keinen Internetzugang hat, soll nicht bestraft werden. Es darf nicht sein, dass die Bevölkerung über Dutzende von Kilometern fahren muss, um eine Briefmarke kaufen zu können. Die Konsumentinnen und Konsumenten der ganzen Schweiz von Genf bis Romanshorn profitieren, wenn diese Unternehmen wieder die Dienstleistung am Kunden ins Zentrum stellen müssen.

---

## **KONTAKT**

### **Mitglieder des Initiativkomitees**

**Deutsch: Peter Salvisberg**, Mitglied Geschäftsleitung,  
Konsumenteninfo AG, + 41 79 347 85 60 kontakt@proservicepublic.ch

**Français: Mme Zeynep Ersan Berdoz**: directrice, rédactrice en chef de *Bon à Savoir*, +41 79 607 99 69  
contact@proservicepublic.ch

**Italiano: M. Matteo Cheda** capo *Spendere Meglio*, +41 76 516 07 45 contact@proservicepublic.ch